



publity performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG

Leipzig

Jahresbericht nach KAGB zum Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022

Lagebericht

I. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeine Informationen zum Unternehmen

Die publity Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L. (kurz Fonds Nr. 6) wurde am 3. Mai 2013 gegründet und am 7. Mai 2013 in das Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRA 16872 eingetragen. Bei der Gesellschaft handelt es sich um einen geschlossenen inländischen Publikums-AIF gemäß §§ 261 ff. Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Mit Bescheid vom 18. Juni 2013 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Vertriebszulassung erteilt.

Gegenstand der Fondsgesellschaft ist die gemeinsame Anlage des von Anlegern eingezahlten Kommanditkapitals und die Erzielung von Einkünften zum Nutzen der Anleger durch den Erwerb, die Bewirtschaftung und die anschließende Veräußerung von Immobilien. Die Anleger beteiligen sich mittelbar über die Treuhandkommanditistin, die Rödl & Richter Fondstreuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft mit Sitz in Berlin, als Treugeber an der Fondsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafterin der Fondsgesellschaft ist die publity Emissionshaus GmbH mit Sitz in Leipzig.

Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages ist die Dauer des Fonds Nr. 6 befristet bis zum 31. Dezember 2018. Eine Verlängerung der Frist wurde durch die Gesellschafter nicht beschlossen. Damit wurde die Liquidation eingeleitet. Liquidator ist die publity Performance GmbH, Leipzig.

Zum Stichtag befinden sich zwei Immobilien im Bestand. Die verbleibenden Immobilien sind sowohl über Bieterverfahren als auch direkte Ansprache potenzieller Investoren durch das Assetmanagement am Markt platziert. Es handelt sich vorliegend um einen Abwicklungsbericht.

2. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im 2. Quartal 2022 hat die deutsche Wirtschaft erstmals wieder das Niveau vor der Corona-Krise erreicht. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr an.¹ Trotz steigender Zinsen, dem Ukraine-Krieg, steigender Energiepreise und einer drohenden Rezession verzeichnete der deutsche Immobilienmarkt stabile Umsätze.² Laut dem Immobilienmarktbericht der DZ HYP und dem Frühjahrsgutachten Immobilienwirtschaft 2023 war von Krisenstimmung an den Büromärkten der Top-Standorte im ersten Halbjahr 2022 wenig zu spüren. So lag der Büroflächenumsatz im Durchschnitt mit gut 1,7 Millionen Quadratmeter sogar etwas oberhalb des fünfjährigen Mittelwerts vor der Corona-Pandemie. Ein Mietrückgang zeigte sich im Bereich von Verkaufsflächen im Jahr 2021, dieser Trend verlangsamte sich im Jahr 2022 jedoch. Der pandemiebedingte Strukturwandel im Einzelhandel Richtung E-Commerce könnte weniger nachhaltig sein als vermutet und sich langsamer entwickeln. Dennoch schreitet die Umnutzung von Handelsflächen in Büros, Wohnungen oder Hotels voran. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die innerstädtische Nachfrage auf Vorkrisenniveau erholt. Potenzial ist vor allem in dem stärkeren Anlegerinteresse für "Life-Science-Immobilien" zu sehen. Insbesondere sogenannte LabOffices, die Labor- und Büroflächen unter einem Dach vereinen, könnten in den kommenden fünf Jahren einen festen Platz auf dem europäischen Transaktionsmarkt einnehmen.³

3. Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 wurden TEUR 1.322 (Vorjahr: TEUR 1.567) Erträge aus Sachwerten erzielt, denen Kosten in Höhe von TEUR 784 (Vorjahr: TEUR 1.265) gegenüberstanden, sodass ein ordentlicher Nettoertrag in Höhe von TEUR 683 (Vorjahr: TEUR 374) ausgewiesen wurde. Periodenfremde Aufwendungen aus korrigierter Nebenkostenabrechnung betrugen TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 45) und wurden in den Bewirtschaftungskosten ausgewiesen.

Die entstandenen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:



Geschäftsjahr (Angaben in TEUR)	2022	2021
Laufende Kosten	784	1.266
Gewerbesteuer	0	-1

Die Zusammensetzung der angefallenen Kosten im Einzelnen ist im Anhang dargestellt. Die Vergütungsangaben gemäß § 101 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 sowie Satz 2 KAGB erfolgen im Anhang.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde keine Immobilie veräußert.

Aus der Neubewertung der Sachanlagen entstanden 2022 unrealisierte Bewertungsergebnisse in Höhe von TEUR 2.020 (Vorjahr: TEUR 940), welche im nicht realisierten Ergebnis ausgewiesen werden. Das nicht realisierte Ergebnis beträgt TEUR -2.020 (Vorjahr: TEUR 744).

In Summe ergibt sich ein negatives Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von TEUR -1.337 (Vorjahr: TEUR -2.127).

b) Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 beträgt das Kommanditkapital unverändert TEUR 33.443. Das Kommanditkapital wird von einer Gründungsgesellschafterin TEUR 10, der Treuhandkommanditistin mit der Einlage aus eigenem Recht TEUR 1 und 33.432 Anteilen je TEUR 1 zum Bilanzstichtag mittelbar über die Treuhänderin beteiligten Kommanditisten gehalten.

Zum Bilanzstichtag entfallen 89,2 % (Vorjahr: 87,5 %) der Bilanzsumme auf Sachanlagen.

Zum weiteren Vermögen der Gesellschaft gehören Barmittel, bestehend aus täglichen Bankguthaben (8,8 % [Vorjahr: 6,6 %] der Bilanzsumme), kurzfristige Forderungen (2,0 % [Vorjahr: 0,8 %] der Bilanzsumme) sowie sonstige Vermögensgegenstände (0,0 % [Vorjahr: 5,0 %] der Bilanzsumme).

Die Eigenkapitalquote beträgt am Bilanzstichtag 97,7 % (Vorjahr: 98,2 %) der Bilanzsumme. Die Anzahl der umlaufenden Anteile ist im Anhang angegeben.

Zum Bilanzstichtag bestehen weiterhin kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 0,4 % (Vorjahr: 0,3 %) der Bilanzsumme sowie Rückstellungen i. H. v. 0,8 % (Vorjahr: 0,7 %).

c) Finanzlage

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Im Geschäftsjahr 2022 erfolgte eine Auszahlung an die Anleger in Höhe von TEUR 1.171 (Vorjahr: TEUR 2.007).

Die liquiden Mittel belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 886 (Vorjahr: TEUR 836).

Außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente sind nicht vorhanden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben.

II. Tätigkeitsbericht

4. Kapitalverwaltungsgesellschaft

Als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft wurde mit Vertrag vom 20. April 2013 die pubity Performance GmbH, Leipzig, bestellt. Der Vertrag endet grundsätzlich mit der Beendigung der Gesellschaft, sofern er nicht außerordentlich gekündigt wird.

Die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft übernimmt die Verwaltung des AIF, insbesondere Portfoliomanagement, Risikomanagement, Vertrieb sowie administrative Tätigkeiten, wie Fondsbuchhaltung, Jahresabschlussstellung und Anteilswertermittlung.

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft und ihre Angestellten, Geschäftsführer, Gremienmitglieder und Beauftragten haften der Gesellschaft und den Investoren für Handeln oder Unterlassen nur, soweit ihnen oder ihren Erfüllungsgehilfen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird. Bei Verletzung wesentlicher Verpflichtungen aus dem Gesellschaftsvertrag sowie für Pflichtverletzungen mit Schadenfolgen für Leben, Körper oder Gesundheit haften sie auch für Fahrlässigkeit.

Die dem AIF von der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft berechneten Gebühren sind in § 9 Ziffer 2 des neu gefassten Gesellschaftsvertrages vereinbart. Die im Geschäftsjahr angefallenen Gebühren sind in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten Verwaltungsvergütung sowie im Anhang ausgewiesen.

Die Mitarbeiter der externen Verwaltungsgesellschaft erhalten eine feste Vergütung in branchenüblicher Höhe. Im Geschäftsjahr 2022 waren bei der externen Verwaltungsgesellschaft im Durchschnitt 3 Mitarbeiter angestellt (Vorjahr: 4 Mitarbeiter), die Gesamtsumme der gezahlten (ausschließlich fixen) Vergütung beläuft sich auf TEUR 235 (Vorjahr: TEUR 239). Auf Führungskräfte entfallen TEUR 50 an der Gesamtsumme. Eine Geschäftsleiterumlage durch die pubity AG erfolgte im Geschäftsjahr 2022 nicht.

5. Anlagestrategie und Anlageziele

Die Anlagepolitik der Fondsgesellschaft bestand bis zum planmäßigen Ende der Fondslaufzeit am 31. Dezember 2018 im Wesentlichen im Erwerb, der Bewirtschaftung, der Wertsteigerung und schließlich der Weiterveräußerung von Immobilien.

Es ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Änderungen der im Verkaufsprospekt aufgeführten Anlagestrategie und Anlageziele.



6. Anlagepolitik im Geschäftsjahr

Im Geschäftsjahr 2022 hat die Fondsgesellschaft in keine weiteren Immobilien investiert und keine Immobilie veräußert. Damit hält der Fonds Nr. 6 zum Jahresende weiterhin zwei Immobilien.

Die für 2022 prognostizierte Veräußerung der Vermögensgegenstände konnte wiederum nicht vollumfänglich realisiert werden. Das Ziel der Geschäftsführung einer kurzfristigen Veräußerung soll weiterhin verfolgt werden.

Die Geschäftstätigkeit richtet sich jetzt ausschließlich auf die Abwicklung der Gesellschaft. Die verbleibenden Immobilien sind sowohl über Bieterverfahren als auch direkte Ansprache potenzieller Investoren durch das Assetmanagement am Markt platziert. Gleichwohl gestaltet sich der Verkauf der verbleibenden Immobilien als schwierig sowohl unter Berücksichtigung der steigenden Zinsen für Objektfinanzierungen als auch vor dem Hintergrund, dass die Mietverträge in den Objekten zum Bilanzstichtag ausgelaufen sind und eine Anschlussvermietung bisher erfolglos blieb.

7. Risikoprofil

Risikomanagementsystem

Aufgabe des Risikomanagements der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft ist es, dass das Risikoprofil des Fonds seinen Anlagestrategien und -zielen entspricht. Hierzu hat die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft Risikomanagementverfahren implementiert, die die relevanten Risiken des Fonds berücksichtigen.

Im Rahmen des Liquiditätsmanagementsystems werden Verfahren eingesetzt, die es der Kapitalverwaltungsgesellschaft ermöglichen, eine Deckung des Liquiditätsprofils des AIF mit den bestehenden Verbindlichkeiten zu erzielen. Hierbei werden Anlagestrategie, Zahlungsverpflichtungen und Fristen, innerhalb derer die Vermögensgegenstände veräußert werden können sowie Informationen in Bezug auf die Entwicklung der Immobilienpreise und der Kapitalmarktzinsen, die aus den Anlageobjekten erzielbaren Erlöse und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung einbezogen. Die Stresstests simulieren gegebenenfalls mangelnde Liquidität der Vermögenswerte im AIF sowie atypische Rücknahmeforderungen.

Wesentliche Risiken

Die wesentlichen Risiken des Fonds Nr. 6 sind im Verkaufsprospekt dargestellt.

Folgende Risiken wurden identifiziert:

- Ertragsrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Fremdkapitalrisiken
- Mietausfallrisiken
- Marktpreisrisiken
- Objektisiken
- Operationelle Risiken

Ertragsrisiken bestehen darin, dass die tatsächliche zukünftige Entwicklung von den in den Prognoserechnungen zugrunde gelegten Annahmen abweicht. Abweichungen mehrerer Eckdaten wie geplanter Ausgaben, Mieteinnahmen und Veräußerungspreise können zu einer deutlichen Verschlechterung der Ertragslage der Investmentvermögen führen. Ertragsrisiken ergeben sich regelmäßig, wenn andere der genannten Risiken schlagend werden.

Das Ertragsrisiko der Gesellschaft ist gleichzeitig verbunden mit dem Risiko nicht über ausreichend Liquidität zu verfügen. **Liquiditätsrisiken** können sich bei negativer Entwicklung des Immobilienmarktes oder einzelner Objekte ergeben. Bei steigenden Ausgaben oder fehlenden Einnahmen kann es dazu kommen, dass dem Fonds nicht genügend frei verfügbare Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, um fällige Verbindlichkeiten zu erfüllen. Dieses kann dazu führen, dass Objekte auch zu ungünstigen Konditionen veräußert werden müssen. Mindestens quartalsweise erfolgt eine Überprüfung des Liquiditätsplanes. Durch eine wöchentliche Übersicht über die Liquiditätslage werden potenzielle Risiken frühzeitig identifiziert. Die Vergütung der Kapitalverwaltungsgesellschaft wurde auch im Berichtsjahr 2022 vermindert, was sich positiv auf die Liquidität des AIF auswirkt.

Fremdkapitalrisiken und sich daraus ergebende **Zinsänderungsrisiken** bestanden im Geschäftsjahr 2022 nicht.

Mietausfallrisiken können sich aus Leerstand bzw. Zahlungsausfall von Mietern ergeben. Die bis zum Bilanzstichtag bestehenden Mietverhältnisse konnten bisher nicht prolongiert werden. Insofern wurde das Mietausfallrisiko in der Berichterstattung zum Quartal 1/2023 als hoch eingestuft.

Marktpreisrisiken bestehen hinsichtlich der Entwicklung der Mietzinsen und der Preisentwicklung bezüglich Gewerbeimmobilien am deutschen Immobilienmarkt. Die Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes wird insbesondere von dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld sowie der Werteschätzung und der Wertentwicklung von Immobilien in Deutschland beeinflusst. Diese Größen sind von zahlreichen, sich teilweise gegenseitig beeinflussenden Faktoren wie Zinssätzen und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig, auf die die Gesellschaft keinen Einfluss hat. Da lediglich Immobilien in Deutschland erworben wurden, bestehen keine Fremdwährungsrisiken. Jedoch befindet sich der Fonds Nr. 6 in der Liquidations- und Verwertungsphase. Die verbleibenden Bestandsimmobilien wurden sowohl über Bieterverfahren am Markt als auch über die direkte Ansprache potenzieller Investoren platziert. Die mittlerweile abgelaufenen Mietverhältnisse und gestiegenen Zinsen für Finanzierungen erschweren den Verkauf und senken den erzielbaren Verkaufspreis.

Objektisiken bestehen darin, dass sich bei einzelnen Immobilienobjekten unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Immobilienmärkte die angestrebten Mieteinnahmen nicht erzielen lassen oder dass diese Objekte nur zu schlechten Bedingungen weiterverkauft werden können. Objektisiken können sich beispielsweise ergeben durch Altlasten, versteckte Baumängel, Verschlechterungen des Umfelds der Immobilie oder größere Ausfälle von Mietern. Die Gesellschaft versucht Objektisiken durch eine umfassende kaufmännische, rechtliche und technische Due Diligence vor dem Erwerb von Objekten zu minimieren.

Die zum Stichtag verbleibenden Objekte weisen jeweils eine durchschnittliche Restlaufzeit der Nutzungsverträge von 0 Jahren auf. Dies wirkt sich auf die Bewertung zum Stichtag mindernd aus.

Operationelle Risiken für die Fonds ergeben sich zum einen aus der Verwaltung durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft. Daneben bestehen steuerliche und rechtliche Risiken. Die verwalteten Fonds unterliegen der Gewerbesteuer, die Vermietung erfolgt überwiegend umsatzsteuerpflichtig. Durch die laufende Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten und Steuerberatern ist gewährleistet, dass auf rechtliche und steuerliche Änderungen schnell reagiert werden kann.

Gesamtrisikolage

Zum 31. Dezember 2018 hat die Gesellschaft ihre werbende Tätigkeit eingestellt und befindet sich seitdem in Liquidation.

Die Gesamtrisikolage des Fonds Nr. 6, die sich aus den o. g. Einzelrisiken zusammensetzt, hat sich nach unserer Einschätzung und entsprechender Analyse und Bewertung im Laufe des Geschäftsjahres 2022 nicht wesentlich verändert. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2023 wurde die Risikolage neu eingeschätzt und weist nunmehr ein hohes Risiko aus Marktwerttrisiken und insgesamt ein mittleres Risiko aus.

Hinweis zur Berücksichtigung ökologischer Standards bezüglich des Fonds-Vermögens

Die Investitionsentscheidungen der Gesellschaft erfolgten vollständig in der Vergangenheit und vor dem Inkrafttreten der EU-Verordnung 2019/2088 (EU-Offenlegungsverordnung) und der EU-Verordnung 2020/852 (EU-Taxonomie-Verordnung). Im Rahmen der Investitionsentscheidungen war damit keine Berücksichtigung der EU-Verordnungen möglich. Vorsorglich erklären wir daher, dass die Investitionen der Gesellschaft nicht im Einklang mit den EU-Kriterien zu ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten stehen.

Leipzig, 30. Juni 2023

Frank Schneider
Geschäftsführer der pubilty Performance GmbH als Liquidatorin

Stephan Kunath
Geschäftsführer der pubilty Performance GmbH als Liquidatorin

1 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_020_811.html

2 [DZ HYP AG - Immobilienmarkt Deutschland 2022| 2023 und Frühjahrsgutachten Immobilienwirtschaft 2023](#)

3 [DZ HYP AG - Immobilienmarkt Deutschland 2022| 2023 und Frühjahrsgutachten Immobilienwirtschaft 2023](#)

Bilanz

Aktiva		
	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
A. Investmentanlagevermögen	10.067.782,65	12.564.258,55
I. Sachanlagen	8.980.000,00	11.000.000,00
1. Sachanlagen	8.980.000,00	11.000.000,00
II. Forderungen	201.925,80	728.488,03
1. Forderungen aus Bewirtschaftung	201.534,08	98.846,79
2. sonstige Vermögensgegenstände	391,72	629.641,24
III. Barmittel und Barmitteläquivalente	885.856,85	835.770,52
B. Aktive Rechnungsabgrenzung	2.164,39	8.853,43
Aktiva	10.069.947,04	12.573.111,98



Passiva		
	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Eigenkapital	9.839.267,50	12.346.664,03
I. Kapitalanteile	14.298.715,32	14.786.134,11
I. Kapitalkonto I-IV	14.298.715,32	14.786.134,11
II. Zeitwertänderung	-4.459.447,82	-2.439.470,08
III. Bilanzgewinn	0,00	0,00
B. Rückstellungen	77.243,69	83.981,70
1. sonstige Rückstellungen	77.243,69	83.981,70
C. Verbindlichkeiten	153.435,85	142.466,25
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	39.276,43	38.472,81
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	39.276,43	38.472,81
2. sonstige Verbindlichkeiten	114.159,42	103.993,44
davon aus Steuern	70.569,42	
davon gegenüber Gesellschaftern	43.590,00	101.550,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	114.159,42	103.993,44
Passiva	10.069.947,04	12.573.111,98

Gewinn- und Verlustrechnung

	1.1.2022 - 31.12.2022 EUR	1.1.2021 - 31.12.2021 EUR
1. Erträge aus Sachwerten	1.321.752,04	1.566.856,69
2. Zinsen und ähnliche Erträge	2.353,13	
3. sonstige betriebliche Erträge	143.231,56	72.169,63
4. Zinsen aus Kreditaufnahme und Bewirtschaftungskosten	175.930,87	801.005,90
a) Zinsen aus Kreditaufnahme		38.336,58
b) Bewirtschaftungskosten	175.930,87	762.669,32
5. Verwaltungsvergütung	188.003,94	224.738,78
a) Verwaltungsvergütung	188.003,94	224.738,78
6. Verwahrstellenvergütung/Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	84.177,80	82.442,84



	1.1.2022 - 31.12.2022 EUR	1.1.2021 - 31.12.2021 EUR
a) Verwahrstellenvergütung/Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	84.177,80	82.442,84
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	336.115,65	156.471,63
8. Veräußerungsgeschäfte		-3.245.781,56
9. Zeitwertänderung	2.020.000,00	-744.488,51
10. Ergebnis nach Steuern	-1.336.891,53	-2.126.925,88
11. Jahresfehlbetrag	1.336.891,53	2.126.925,88
12. Belastung auf Kapitalkonten	1.336.891,53	2.126.925,88
13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Die pubity Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L. hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister beim Amtsgericht Leipzig unter HRA 16872 eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine geschlossene inländische Investment Kommanditgesellschaft. Bei der Gesellschaft handelt es sich um einen geschlossenen inländischen Publikums-AIF gemäß §§ 261 ff. Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft wurde die pubity Performance GmbH, Leipzig, bestellt. Die pubity Performance GmbH ist durch die BaFin als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft zugelassen und im Handelsregister beim Amtsgericht Leipzig unter HRB 28356 eingetragen. Die pubity Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L. erhielt mit Datum vom 18. Juni 2013 von der BaFin die Vertriebszulassung.

Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages war die Dauer des Fonds Nr. 6 befristet bis zum 31. Dezember 2018, sofern nicht die Gesellschafter eine Verlängerung der Laufzeit beschließen. Ein solcher Beschluss wurde nicht gefasst. Damit wurde die Liquidations- und Verwertungsphase eingeleitet. Als Liquidator legt § 17 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages die pubity Performance GmbH fest.

Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit hat die Gesellschaft ihr Vermögen vornehmlich in Büroimmobilien angelegt. Die verbleibenden Immobilien sind sowohl über Bieterverfahren als auch direkte Ansprache potenzieller Investoren durch das Assetmanagement am Markt platziert. Es handelt sich daher vorliegend um einen Abwicklungsbericht. Aus diesem Grund haben wir den Jahresabschluss unter Abkehr vom Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt. Änderungen in den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des KAGB und der KARBV haben sich hierdurch nicht ergeben.

Der Abwicklungsbericht wurde gemäß § 161 i. V. m. § 158 i. V. m. § 135 KAGB, §§ 264 ff HGB unter Berücksichtigung der Regelung der KARBV und der Artikel 100 ff der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 231/2013 aufgestellt.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr.

In der Gliederung der Bilanz wird das Kommanditkapital gemäß § 21 Abs. 4 KARBV i. V. m. § 264c HGB mit den im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Kapitalkonten ausgewiesen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde der im Vorjahr gesondert ausgewiesene Posten „Rücknahme von Zeitwertänderungen in Folge von Veräußerungen“ KARBV-konform in den „Erträge aus der Neubewertung“ ausgewiesen.

Der Anteilswert wird auf Basis der kleinsten Stückelung für Kommanditanteile in Höhe von EUR 1.000,00 nominal ohne Berücksichtigung des Agios und eines ggf. gewährten Frühzeichnerbonus ermittelt. Zum Ende des Geschäftsjahres sind 33.443 Anteile gezeichnet.

Der Anteilswert zum Ende des Geschäftsjahres beträgt EUR 294,21.

Der Anteilswert hat sich wie folgt entwickelt:

	Wert des Investmentvermögens in EUR		
	Anzahl der Anteile	je Anteil 1.000 EUR	Gesamt
3. Mai 2013	11	1.000,00	11.000,00
31. Dezember 2013	21.147	822,70	17.397.595,00
31. Dezember 2014	33.443	830,99	27.790.904,48
31. Dezember 2015	33.443	926,49	30.984.448,51
31. Dezember 2016	33.443	781,00	26.118.976,13



	Wert des Investmentvermögens in EUR		
31. Dezember 2017	33.443	980,40	32.787.478,36
31. Dezember 2018	33.443	688,35	23.020.344,11
31. Dezember 2019	33.443	721,75	24.137.354,22
31. Dezember 2020	33.443	492,78	16.480.169,91
31. Dezember 2021	33.443	369,19	12.346.664,03
31. Dezember 2022	33.443	294,21	9.839.267,50

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Sachanlagen

Die Sachanlagen sind zum Verkehrswert bewertet, der gemäß § 30 KARBV auf der Grundlage des Ertragswertes bezogen auf das Gebäude gemäß §§ 17 ff. Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) und auf den Boden gemäß § 15 ImmoWertV ermittelt wird. Zur Ermittlung des Gebäudewertes wurde zunächst die Nettomiete aus marktüblich erzielbaren Erträgen abzüglich der Bewirtschaftungskosten, Instandhaltungs- und Verwaltungskosten und des Mietausfallwagnisses berechnet. Sodann wird die berechnete Nettomiete mit einem Bewertungsfaktor multipliziert, der eine marktübliche Verzinsung für die zu bewertende Immobilie unter Einbeziehung von Lage, Gebäudezustand und Restnutzungsdauer berücksichtigt. Besonderen wertbeeinflussenden Faktoren kann durch Zu- und Abschläge Rechnung getragen werden.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 lagen der Geschäftsführung der Gesellschaft die Werte des externen Bewerter vor und wurden gebucht. Im Rahmen der begonnenen Liquidation liegen der Geschäftsführung Vergleichsangebote für eine Immobilie vor. Aus der Marktteilnehmersicht liegen aktuell die Verkaufspreise wesentlich niedriger als zum Bilanzstichtag. Diese Werte konnten gemäß den gesetzlichen Grundlagen im vorliegenden Abschluss nicht ausgewiesen werden. Insgesamt betragen die gebuchten Aufwendungen aus Neubewertung im Geschäftsjahr TEUR 2.020.

2. Anschaffungsnebenkosten

Die aktivierten Anschaffungsnebenkosten betreffend Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Sachanlagen sind vollständig abgeschrieben.

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert angesetzt. Wertminderungen wurden durch Abschläge Rechnung getragen.

4. Barmittel und Barmitteläquivalente

Bankguthaben sind zum Nominalwert angesetzt.

5. Rückstellungen

Rückstellungen werden für alle bis zur Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen gebildet. Sie werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Erfüllungsbetrag bewertet.

6. Kredite von Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Angaben und Erläuterungen zur Abwicklungsbilanz

1. Sachanlagen

Zum Geschäftsjahresende werden unter den Sachanlagen zwei Immobilien ausgewiesen.

Die Angaben zum **Bestand** des Geschäftsjahres gemäß § 271 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 KAGB i. V. m. § 261 Abs. 1 Nr. 1 KAGB sind auf der Folgeseite dargestellt.

Verkäufe hat es im Geschäftsjahr nicht gegeben, somit entfällt die Darstellung gemäß § 271 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 KAGB i. V. m. § 261 Abs. 1 Nr. 1 KAGB.

Vermögensaufstellung des Geschäftsjahres gemäß § 271 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 KAGB i. V. m. § 261 Abs. 1 Nr. 1 KAGB

	Bestand zum 31.12.2022	
Immobilieninvestitionen	Office-Center	Büro-/Verwaltungsgebäude
	Mülheim	Büdelsdorf
Grundstücksart	Bürogebäude	Büro- und Verwaltungsgebäude
Architektur	mehrgeschossiges hochwertiges Gebäudeensemble	dreigeschossiges Büro- und Verwaltungsgebäude



Bestand zum 31.12.2022		
Lage/Standort	Pilgerstr. 2	Parkallee 21
	45473 Mülheim an der Ruhr	24782 Büdelsdorf
Grundstücksgröße	ca. 9.800 m2	ca. 4.813 m2
Gebäudenutzfläche	ca. 4.500 m2	ca. 4.487 m2
Andere Anlagen (Stellplätze etc.)	132 Außenstellplätze	29 PKW Stellplätze 40 Tiefgaragenstellplätze
Baujahr/ Modernisierungsjahr	2004/2005	1997
Erwerbsjahr (Nutzen-Lasten-Wechsel)	2017	2018
Kaufpreis der Immobilie inkl. Anschaffungsnebenkosten in TEUR	8.229	5.211
Anschaffungsnebenkosten		
Historische Anschaffungsnebenkosten in TEUR:	779	511
in % des Kaufpreises	10,5	10,9
Kumulierte Abschreibungen der Vorjahre in TEUR:	779	511
Abschreibungen des Geschäftsjahres in TEUR:	0	0
Zur Abschreibung verbleibend in TEUR:	0	0
Voraussichtlich verbleibender Abschreibungszeitraum:	0 Jahre	0 Jahre
Leerstandsquote/ Nutzungsausfallentgeltquote	100,0%	100,0%
durchschnittliche Restlaufzeit der Nutzungsverträge	keine	keine
Fremdfinanzierungsquote	0,0%	0%
Wesentliche Ergebnisse des Wertgutachtens	guter baulicher Zustand	guter baulicher Zustand
Bestands- und Projektentwicklungsmaßnahmen	Im Berichtsjahr keine	Im Berichtsjahr keine

2. Anschaffungsnebenkosten

Die aktivierten Anschaffungsnebenkosten betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Verkehrswertgutachten, Due Diligence, Notarkosten und Grunderwerbssteuer. Die aktivierten Anschaffungsnebenkosten der erworbenen Immobilien wurden in den Vorjahren vollständig abgeschrieben.

3. Barmittel und Barmitteläquivalente

Ausgewiesen sind die laufenden Bankkonten der Gesellschaft, die Konten bei der CACEIS Bank S.A., Germany Branch, München, als Verwahrstelle für die laufenden Geschäftsvorfälle. Zinsen und Spesen sind periodengerecht erfasst.

4. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen betreffen Forderungen gegen Mieter, überwiegend aus Betriebskostenabrechnungen (TEUR 202, Vorjahr: TEUR 99).

Die sonstigen Vermögensgegenstände stellen Forderungen gegen das Finanzamt München dar (TEUR 0,4 Vorjahr: TEUR 630).

5. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich aus Rückstellungen für die Verwahrstellenvergütung des 4. Quartals des Berichtsjahres (TEUR 8, Vorjahr: TEUR 10), Abschluss- und Prüfungskosten (TEUR 49, Vorjahr: TEUR 45) und ausstehenden Rechnungen für Immobilien (TEUR 4, Vorjahr: TEUR 29) sowie Steuerrückstellungen (TEUR 16, Vorjahr: TEUR 0) zusammen.

6. Kredite von Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem jeweiligen Erfüllungsbetrag angesetzt und haben folgende Restlaufzeiten:

	davon mit einer Restlaufzeit			
	Gesamtbe- trag per 31.12.2022	bis zu einem Jahr	zwischen einem und fünf Jahren	mehr als fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Kredite von Kreditinstituten	0	0	0	0
(Vorjahr)	(0)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	39	39	0	0
(Vorjahr)	(38)	(38)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	114	114	0	0
(Vorjahr)	(104)	(104)	(0)	(0)
Summe	153	153	0	0
(Vorjahr)	(142)	(142)	(0)	(0)

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen die Vergütungsabrechnungen des Geschäftsjahres 2022 gegenüber der Kapitalverwaltungsgesellschaft (TEUR 16, Vorjahr: TEUR 12), sowie die Treuhandvergütung (TEUR 20, Vorjahr: TEUR 0).

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in Höhe von TEUR 44 (Vorjahr: TEUR 102) Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern für Auszahlungen an die Anleger, sowie Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer in Höhe von TEUR 71 (Vorjahr: TEUR 0).

7. Eigenkapital

Die Gliederung des Kommanditkapitals in der Bilanz entspricht den Bestimmungen gemäß § 21 Abs. 4 KARBV i. V. m. § 264c HGB sowie den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist nicht am Kapital der Gesellschaft beteiligt.

Das Eigenkapital der Kommanditisten setzt sich zum Stichtag wie folgt zusammen:

	Gründungs- kommanditist	Treuhand- kommanditist	Treuhand- kommanditist	Gesamt
	EUR	EUR (eigene Einlage)	EUR	EUR
Kapitalkonto I/Einlagenkonto (gezeichnete Einlage)	10.000,00	1.000,00	33.432.000,00	33.443.000,00
Kapitalkonto II/Rücklagenkonto (geleistetes Agio)	0,00	0,00	1.372.172,50	1.372.172,50
Kapitalkonto III/Gewinn- und Verlustkonto	995,08	99,51	3.326.753,23	3.327.847,82
Kapitalkonto IV/Kapitalrück- führungs- und Entnahmekonto	-6.950,00	-695,00	-23.836.660,00	-23.844.305,00
Summe Kapitalkonten	4.045,08	404,51	14.294.265,73	14.298.715,32
Zeitwertänderungen (Neubewertung, Abschreibungen Anschaffungsneben- kosten und Rücknahme von Zeitwertänderungen in Folge von Veräußerungen)				-4.459.447,82

	Gründungs- kommanditist	Treuhand-kommanditist	Treuhand- kommanditist	Gesamt
Summe Eigenkapital	4.045,08	404,51	14.294.265,73	9.839.267,50

Und hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand	Zunahme	Abnahme	Stand
	01.01.2022			31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR
Kapitalkonto I/Einlagenkonto				
(gezeichnete Einlage)	33.443.000,00	0,00	0,00	33.443.000,00
Kapitalkonto II/Rücklagenkonto				
(geleistetes Agio)	1.372.172,50	0,00	0,00	1.372.172,50
Kapitalkonto III/Gewinn- und Verlustkonto	2.644.739,35	683.108,47	0,00	3.327.847,82
Kapitalkonto IV/Kapitalrück-				
föhrungs- und Entnahmekonto	-22.673.800,00	0,00	-1.170.505,00	-23.844.305,00
Summe Kapitalkonten	14.786.111,85	683.108,47	-1.170.505,00	14.298.715,32
Zeitwertänderungen				
(Neubewertung, Abschreibungen Anschaffungsnebenkosten und Rücknahme von Zeitwertänderungen in Folge von Veräußerungen)	-2.439.447,82	0,00	-2.020.000,00	-4.459.447,82
Summe Eigenkapital	12.346.664,03	683.108,47	-3.190.505,00	9.839.267,50

Das Kommanditkapital war in EUR zu erbringen. Es wurden bis zum 31. Dezember 2022 Anteile in Höhe von TEUR 33.443 gezeichnet. Hiervon ist die Gründungskommanditistin mit einer Einlage aus eigenem Recht in Höhe von EUR 10.000,00 im Handelsregister eingetragen. Gemäß § 3 Ziff. 7 des Gesellschaftsvertrags werden die von der Treuhandkommanditistin im Auftrag der Treugeber übernommenen Kommanditanteile mit 10 % ihrer gesellschaftsvertraglich bedungenen Pflichteinlage eingetragen. Die Eintragung der Erhöhung des Kommanditkapitals in Höhe von TEUR 3.344 (= 10 % der gezeichneten Einlagen zum 30. Juni 2014) ist zum 18. Dezember 2014 erfolgt.

Auf dem Einlagenkonto (Kapitalkonto I) werden laut Gesellschaftsvertrag die gezeichneten Einlagen der Gesellschafter verbucht.

Auf dem Rücklagenkonto (Kapitalkonto II) wird das Agio geführt.

Auf dem Gewinn- und Verlustkonto (Kapitalkonto III) werden die Anteile an den Gewinnen und Verlusten der Gesellschaft erfasst. Nachfolgende Gewinne werden dem Gewinn- und Verlustvortragskonto so lange gutgeschrieben, bis dieses wieder einen positiven Saldo ausweist.

Auf dem Kapitalrückföhrungs- und Entnahmekonto (Kapitalkonto IV) werden sämtliche Auszahlungen erfasst, die an die Gesellschafter/Treugeber ausgeschüttet oder von diesen entnommen worden sind. Darin enthalten sind mit TEUR 601 der Frühzeichnerbonus und mit TEUR 23.243 die Auszahlungen in den Geschäftsjahren 2014 bis 2022 in Höhe von insgesamt 69,5 % des Kommanditkapitals. Im Geschäftsjahr 2022 hat eine Auszahlung in Höhe von TEUR 1.171 (3,5 %) stattgefunden.

Das nicht realisierte Ergebnis wird nicht den einzelnen Kapitalkonten der Kommanditisten zugeordnet, solange keine Realisierung stattfindet.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung zur Abwicklung

1. Erträge aus Sachwerten

Die Erträge aus Sachwerten betreffen Mieteinnahmen und Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von TEUR 1.322 (Vorjahr: TEUR 1.567).

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge des AIF betreffen die Auflösung von Rückstellungen des Vorjahres in Höhe von TEUR 7 (Vorjahr: TEUR 21), Versicherungsentschädigungen in Höhe von TEUR 11 (Vorjahr: TEUR 50), periodenfremde Erträge im Rahmen von Erwerberabrechnungen in Höhe von TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 33), Erträge aus der Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen von TEUR 91 (Vorjahr: TEUR 0) sowie Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 0).

3. Aufwendungen

Die wesentlichen Aufwendungen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Die Gliederung der Aufwendungen erfolgt dabei abweichend von der Gewinn- und Verlustrechnung nach wirtschaftlichen Kriterien. Sämtliche Vergütungen, die von der Kapitalverwaltungsgesellschaft in Rechnung gestellt werden, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung als Verwaltungsvergütung ausgewiesen.

Die Vergütung für die Fondsverwaltung beträgt seit 2021 0,5 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes zzgl. Umsatzsteuer. Auf die Erhebung der prospektierten Mindestvergütung von TEUR 352 p. a. zzgl. Umsatzsteuer hat die Kapitalverwaltungsgesellschaft verzichtet. Die Kosten der Buchhaltung betragen unverändert TEUR 40 zzgl. Umsatzsteuer.

Daneben erhält die Kapitalverwaltungsgesellschaft eine Vergütung für die Objektverwaltung in Höhe von 0,5 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes zzgl. Umsatzsteuer.

Die Treuhandkommanditistin erhält für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung in Höhe von TEUR 68 zzgl. Auslagen und Umsatzsteuer.

In den Bewirtschaftungskosten sind periodenfremde Aufwendungen aus korrigierter Nebenkostenabrechnung des Vorjahres in Höhe von TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 45) ausgewiesen.

	EUR	in % zu Gesamtkosten
Objektbezogene Kosten		
- Bewirtschaftungskosten	175.930,87	22,43%
- Vergütung Objektverwaltung (KVG)	64.001,97	8,16%
Summe objektbezogene Kosten	239.932,84	30,59%
Laufende Kosten des Fonds		
- Fondsverwaltung (KVG)	64.001,97	8,16%
- Verwahrstelle	33.600,00	4,29%
- Treuhänder	67.500,00	8,61%
- Komplementär	20.000,00	2,55%
- Buchhaltung (KVG)	40.000,00	5,10%
- Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	50.577,80	6,45%
- Zinsen aus Kreditaufnahmen	0,00	0,00%
- Nicht abziehbare Vorsteuer	40.462,13	5,16%
- Bewertung Objekte	3.850,00	0,49%
- Forderungsausbuchung	133.746,40	17,05%
- übrige sonstige Kosten	90.557,12	11,55%
Summe laufende Kosten des Fonds	544.295,42	69,41%
Gesamtkosten	784.228,26	100,00%

Die von der Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) in Rechnung gestellten Kosten sind entsprechend gekennzeichnet.

4. Nicht realisiertes Ergebnis

Der im Vorjahr gesondert ausgewiesene Posten „Rücknahme von Zeitwertänderungen in Folge von Veräußerungen“ wurde KARBV-konform in den „Erträge aus der Neubewertung“ ausgewiesen.

Aus der Neubewertung der Sachanlagen entstanden Aufwendungen in Höhe von TEUR 2.020 (Vorjahr: TEUR 940), welche im nicht realisierten Ergebnis ausgewiesen sind.

V. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse



Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse i. S. v. § 268 Abs. 7

i. V. m. § 251 HGB bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Die Hafteinlagen entsprechen für die Gründungs- und Treuhandkommanditisten (eigene Einlage) den Pflichteinlagen. Die Hafteinlagen sind zum Bilanzstichtag nicht mehr vollständig geleistet. Eine Haftung gemäß § 172 HGB besteht zum 31. Dezember 2022 für die Gründungs- und Treuhandkommanditistin in Höhe von TEUR 7.

2. Fremdkapital

Die Gesellschaft hat kein Fremdkapital.

3. Geschäftsführung

Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch die publity Performance GmbH, Leipzig, als Liquidatorin des Fonds.

4. Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin)

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist die publity Emissionshaus GmbH, Leipzig.

Geschäftsführer der Komplementärin waren im Berichtsjahr Herr Stephan Kunath, Geschäftsführer der KVG, und Frau Siglinde Heiche, Leiterin Finanzen der KVG. Das Stammkapital der persönlich haftenden Gesellschafterin beträgt TEUR 150.

Gemäß Gesellschaftsvertrag erhält die Komplementärin eine jährliche Vergütung in Höhe von TEUR 20 zzgl. Umsatzsteuer. Diese Vergütung wird in angemessenen Teilbeträgen monatlich zur Auszahlung fällig.

5. Gründungsgesellschafterin

Gründungskommanditistin ist die HF Treuhand GmbH mit Sitz in Köln. Sie hat als Kommanditistin eine Kommanditeinlage (Pflichteinlage) in Höhe von TEUR 10 geleistet.

6. Kapitalverwaltungsgesellschaft

Kapitalverwaltungsgesellschaft im Geschäftsjahr war die publity Performance GmbH, Leipzig. Die publity Performance GmbH ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

7. Ergebnisverteilung

Das realisierte Ergebnis von TEUR 683 (Vorjahr: TEUR -2.871) wird gemäß den Regelungen im Gesellschaftsvertrag dem Kapitalkonto III (Gewinn- und Verlustkonto) zugewiesen.

VI. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ende des Geschäftsjahres nicht eingetreten oder bekannt geworden.

Nach Verkauf der Immobilien ist ein weiterer Immobilienerwerb nicht vorgesehen. Die Gesellschaft wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2023 abgewickelt. Den Kommanditisten wird der zum Abwicklungszeitpunkt festgestellte Wert ihres Kapitalanteils ausbezahlt.

Aus diesem Grund haben wir den Jahresabschluss unter Abkehr vom Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt. Änderungen in den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des KAGB und der KARBV haben sich hierdurch nicht ergeben.

VII. Verwendungs- und Entwicklungsrechnung

Die Verwendungs- und Entwicklungsrechnung beziehen sich jeweils ausschließlich auf die Kommanditisten, da die Komplementärin nicht am Kapital der Gesellschaft beteiligt ist.

1. Verwendungsrechnung für die Kommanditisten

Das realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres wurde wie folgt verwendet:

	2022	2021
	EUR	EUR
1. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	683.108,47	-2.871.414,39
2. Belastung auf Kapitalkonto III: Gewinn- und Verlustkonto	683.108,47	-2.871.414,39
3. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00

2. Entwicklungsrechnung für die Kommanditisten

	2021	2020
	EUR	EUR
I. Wert des Eigenkapitals am Beginn des Geschäftsjahres	12.346.664,03	16.480.169,91
1. Zwischenentnahmen	-1.170.505,00	-2.006.580,00
2. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres nach Verwendungsrechnung	683.108,47	-2.871.414,39



	2021	2020
	EUR	EUR
3. Nicht realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	-2.020.000,00	744.488,51
II. Wert des Eigenkapitals am Ende des Geschäftsjahres	9.839.267,50	12.346.664,03

VIII. Angaben zur Mitarbeitervergütung der Kapitalverwaltungsgesellschaft

Die Vergütung der externen Verwaltungsgesellschaft an ihre Mitarbeiter besteht nur aus einer festen Vergütung. Die Höhe der gezahlten Vergütungen entspricht dem branchenüblichen Standard.

Im Geschäftsjahr 2022 waren bei der externen Verwaltungsgesellschaft im Durchschnitt 3 Mitarbeiter (Vorjahr: 4) angestellt, die Gesamtsumme der gezahlten (ausschließlich fixen) Vergütung beläuft sich auf TEUR 235 (Vorjahr: TEUR 239). Bezüglich der Informationen, die am Erwerb eines Anteils interessierten Anlegern zur Verfügung zu stellen sind, ergab sich im Jahr 2022 keine Änderung.

IX. Angaben gemäß § 300 KAGB

Zum Bilanzstichtag verfügte die Gesellschaft über keine schwer liquidierbaren Vermögensgegenstände, für die deshalb besondere Regelungen gelten.

Neue Regelungen zum Liquiditätsmanagement der Gesellschaft erfolgten im Jahr 2022 nicht.

Die Angaben zum Risikoprofil im Geschäftsjahr und den von der externen Verwaltungsgesellschaft zur Steuerung dieser Risiken eingesetzten Risikomanagementsysteme erfolgen im Lagebericht.

X. Angaben zur Transparenz und zur Gesamtkostenquote

Die Gesamtkostenquote (Total Expense Ratio TER) drückt sämtliche vom Investmentvermögen im Jahresverlauf getragenen laufenden Kosten (ohne Transaktionskosten und Zinsen aus Kreditaufnahme) im Verhältnis zum Nettoinventarwert aus. Im Geschäftsjahr betrug die Gesamtkostenquote 3,1 %.

Die Quote der Vergütung für die Verwaltung von Vermögensgegenständen betrug 6,9 % des durchschnittlichen Nettoinventarwerts.

Eine erfolgsabhängige Vergütung ist im Geschäftsjahr nicht gezahlt worden.

Die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft erhielt im Geschäftsjahr keine Rückvergütungen aus an die Verwahrstelle oder Dritte geleisteten Vergütungen. Aus der Verwaltungsvergütung wurden keine Zahlungen an Vermittler von Anteilen geleistet.

XI. Unterschrift gemäß § 245 HGB

Abwicklungsbericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 der pubilty Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L., Leipzig, vertreten durch die Liquidatorin, pubilty Performance GmbH, Leipzig, 30. Juni 2023

Frank Schneider

Geschäftsführer der pubilty Performance GmbH als Liquidatorin

Stephan Kunath

Geschäftsführer der pubilty Performance GmbH als Liquidatorin

sonstige Berichtsbestandteile

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (Bilanzzeit)

(Erklärung gem. § 158 S. 1 KAGB i. V. m. § 135 Abs. 1 Nr. 3 KAGB
i. V. m. § 264 Abs. 2 S. 3, § 289 Abs. 1 S. 5 HGB
zum Jahresabschluss und dem Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022)



Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Abwicklungsbericht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz und Ertragslage der geschlossenen Investment KG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der geschlossenen Investment KG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der geschlossenen Investment KG vermittelt wird.

Leipzig, 30. Juni 2023

Frank Schneider
Geschäftsführer der pubity Performance GmbH als Liquidatorin

Stephan Kunath
Geschäftsführer der pubity Performance GmbH als Liquidatorin

Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 18.12.2023 festgestellt.

Bestätigungsvermerk

Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die pubity Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L., Leipzig

Vermerk über die Prüfung des Abwicklungsberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Abwicklungsbericht der pubity Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L., Leipzig, bestehend aus dem Jahresabschluss – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang für das Geschäftsjahr 2022 – einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, aus dem Lagebericht der pubity Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie aus der den Vorgaben von § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung der gesetzlichen Vertreter der offenen Investmentkommanditgesellschaft geprüft. Die den Vorgaben von § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung der gesetzlichen Vertreter der offenen Investmentkommanditgesellschaft haben wir im Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

· entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) und den einschlägigen europäischen Verordnungen und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und

· vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen.

Gemäß § 159 Satz 1 i.V.m. § 136 KAGB i.V.m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Hinweis zur Hervorhebung eines Sachverhalts

Wir verweisen auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter in Abschnitt „I. Allgemeine Informationen“) des Anhangs, welcher die Konsequenzen aus dem Gesellschaftsvertrag im Hinblick auf das Ende der Laufzeit des Investmentvermögens sowie zur Liquidation der Gesellschaft und die darauf basierende Bilanzierung unter Abkehr vom Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit beschreibt sowie auf Abschnitt „I. Allgemeine Informationen zum Unternehmen“ des Lageberichts, der auf die Aufstellung eines Abwicklungsberichts hinweist. Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht sind diesbezüglich nicht modifiziert.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 158 Satz. 1 i. V. m. § 135 Abs. 1 Nr. 3 KAGB.



Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab. Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Abwicklungsbericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen KAGB und den einschlägigen europäischen Verordnungen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur geordneten Liquidation der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der geordneten Liquidation, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage der Abkehr vom Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern der Fortführung der Unternehmenstätigkeit tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und einschlägigen europäischen Verordnungen zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für eine den Vorgaben von § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung der gesetzlichen Vertreter der offenen Investmentkommanditgesellschaft.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Abwicklungsberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Die den Vorgaben von § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung der gesetzlichen Vertreter der offenen Investmentkommanditgesellschaft haben wir im Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen darüber, ob die Aufstellung des Jahresabschlusses durch die gesetzlichen Vertreter unter Abkehr von der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit angemessen ist, sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur geordneten Liquidation der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Vermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unsere Prüfungsurteile zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft die geordnete Liquidation nicht mehr durchführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen gesetzlichen Vorschriften und der einschlägigen europäischen Verordnungen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Prüfungsurteil

Wir haben auch die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten der publicly Performance Fonds Nr. 6 GmbH & Co. geschlossene Investment KG i. L. zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erfolgte die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß.

Grundlage für das Prüfungsurteil



Wir haben unsere Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in Übereinstimmung mit § 159 i.V.m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu ermöglichen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten ordnungsmäßig ist, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 i. V. m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Zuweisung stets aufdeckt. Falsche Zuweisungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

· identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Zuweisungen von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Zuweisungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

· beurteilen wir die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Prüfung des relevanten internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Auswahlverfahren.

Leipzig, den 11. September 2023

Grant Thornton AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Sebastian Koch (Wirtschaftsprüfer)

Kathleen Hennig (Wirtschaftsprüferin)